

Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 01. Dezember 2010

Vorlagen-Nr. 08-F-25-0117

**Kommunaler Kostenausgleich bei Kita-Gebühren
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom
22.10.2008 -**

Beschluss Nr. 0211

1. Die mündlichen Ausführungen von Herrn Jäger (Dezernat VI) werden zur Kenntnis genommen, wonach
 - es im Gerichtsverfahren LHW gegen Stadt Idstein keine Fortschritte gibt, die Klage aber von Seiten der Stadt Wiesbaden wieder aufgenommen und ein externer Rechtsanwalt mit der Vertretung beauftragt wurde,
 - in Gießen im Sinne der LHW entschieden wurde und dort die Klage am VGH Kassel zugelassen wurde,
 - die Forderungen aus dem Jahr 2007 am 01.01.2011 verjähren und alle Städte diesbezüglich angeschrieben wurden,
 - bis auf Niedernhausen, die nicht auf die Einrede der Verjährung verzichtet hat (Klage müsste angestrebt werden) und 3 Gemeinden (Hünstetten, Aarbergen, Idstein), die sich bis zum 06.12.2010 äußern können, haben alle anderen Gemeinden ihren Einredeverzicht erklärt,
 - in persönlichen Gesprächen 2008 mit der Stadt Taunusstein die Abrechnung im Bereich der Elementarkinder als vorläufige Vereinbarung erreicht werden konnte,
 - die Stadt Taunusstein über einen langen Zeitraum erklärt hat, dass noch Detailfragen zu klären seien und eine förmliche Vereinbarung anstrebt, die bis zur endgültigen Klärung durch die Gerichte Bestand haben soll, aber auch in 2010 mit der Stadt Taunusstein keine abschließende Klärung erreicht werden konnte. Den Einredeverzicht hat die Stadt Taunusstein mittlerweile erklärt.
2. Der Magistrat (Dezernat VI) wird gebeten, in der Sitzung des Ausschusses am 02.02.2011 über die Fortschritte in der Angelegenheit zu berichten.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2010

Tollebeek
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .12.2010

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .12.2010

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister